



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVI/228 - 10. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Warnung vor Fehleinschätzungen</u> Das Bundesverteidigungsministerium und die Manöver in der Zone	52
3 -3a	<u>Der Irrtum Mikojans</u> Nicht eingetroffene Prophezeiungen	70
4 - 5	<u>Spätzündung</u> Mit Seitenblick auf Hessen - bald Schulgeldfreiheit auch in Rheinland-Pfalz	62
6	<u>Im Schatten Kenderes</u> Die Türkei vor der Bewährungsprobe Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, z.Zt. Istanbul	49

\* \* \* \*  
\* \* \*

Warnung vor Fehleinschätzungen

sp - Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt hat als eines der Hauptergebnisse seines jüngsten US-Besuchs eine sehr nachdrückliche Warnung vor deutschen Fehleinschätzungen mitgebracht, die mit abzubauen er sich angesichts der zugespitzten internationalen Lage bereit erklärte.

Die Berechtigung und Dringlichkeit der Warnung Brandts ist so prompt wie nur möglich bestätigt worden. Zuerst war es notwendig, dass die voreilige Fernseh-Erklärung des Washingtoner Bundesbotschafters Prof. Grewe, das Gespräch Kennedy-Gromyko stelle einen "Rückschritt" dar, auch in Bonn von dem offiziellen Pressesprecher der amtierenden Bundesregierung korrigiert werden musste, weil diese Ansicht Grewes ganz offensichtlich nicht mit der Beurteilung durch den US-Präsidenten selbst übereinstimmte. Die Frage, ob der Botschafter von Bonn aus zu seiner verunglückten Fernseh-Erklärung autorisiert worden sei, blieb unbeantwortet. Die Antwort war auch überflüssig, denn Prof. Grewe hatte sich in seiner Lage-Beurteilung doch nur strikt an die Linie gehalten, die von der immer noch amtierenden Bundesregierung seit Jahr und Tag unverändert und ohne weitere Rücksicht auf mögliche oder bereits vollzogene Entwicklungen starr eingehalten wird.

Die Mahnung Willy Brandts, man sollte in Bonn die Antworten auf neue Fragen nicht von einem Blick zurück ableiten, dürfte zur rechten Zeit gekommen sein. Fehleinschätzungen und Fehlleistungen, wie sie Prof. Grewe sich überflüssigerweise erlaubt hat, dürfen sich nicht mehr wiederholen.

Ein zweites aktuelles Beispiel dieser Bonner Fehler-Linie ist der Bericht des offiziellen Pressesprechers des Bundesverteidigungsministeriums über die jetzt anlaufenden Ostblock-Manöver. Das Faktum selbst ist zweifellos ein so ernster und bemerkenswerter Vorgang, dass eine entsprechende Behandlung und Berichterstattung völlig am Platze ist, wobei eine sachliche Darstellung allerdings doch nicht ganz ausser acht lassen sollte, dass es auch im Westen zurzeit Manöver von bisher

ungewohntem Ausmaße gibt. Die verstärkten West-Ost-Spannungen wirken sich eben auf allen Seiten aus.

Gerade diese Lage aber sollte Bundesbehörden wie das Bundesverteidigungsministerium endlich zu einer Unterrichtung veranlassen, die nur konkrete Tatsachen gibt, soweit das sehr eng gezogene Geheimhaltungserfordernisse gestatten, und auf die propagandistische Verbrämung verzichtet, die, dem Bonner Regierungstil entsprechend, bis in die jüngste Vergangenheit hinein und leider allzu oft auch noch in der Gegenwart so sehr überwucherte, dass die Fakten manchmal nur noch mühsam zu erkennen waren. Aber auch diese wenigen konkreten Fakten müssten dann eigentlich zumindest korrekt und seriös sein. Eine Unterrichtung, die über wesentliche von ihr vorgetragene Fakten Zweifel und Unsicherheit hinterlässt, ist weder das eine noch das andere. Angaben zum Beispiel, die in den Hinweisen auf das Ostblock-Manövergebiet schwanken und die bei der Fenzung der Zahl der beteiligten Divisionen trotz der Betonung, dass zu den bisherigen Truppenbeständen in der Zone noch ungewöhnlich grosse Zusatzeinheiten aus der UdSSR, aus der Tschechoslowakei und aus Polen hinzugekommen seien, mit einer Grössenordnung operiert, die genau der Zahl der bisher schon in der Zone stationierten Sowjet-Divisionen entspricht, solche Angaben erschüttern das Vertrauen auch in andere Teile der Information und in andere Mitteilungen.

Fehleinschätzungen und Fehlleistungen dieser Art können in annähernd normalen Zeiten noch als menschliche Mängel entschuldigt werden. In Zeiten aber wie den unseren sind sie unentschuldigbar, weil sie gefährlich sind. Wer sich den durchaus hohen Anforderungen, die durch diese Zeit an ihn gestellt werden, aus welchen Gründen auch immer nicht gewachsen fühlt, sollte so rasch wie möglich um Ablösung ersuchen. In manchen Fällen dürfte ein Wechsel von der "Front" in die "Etappe" oder besser "Zentrale" richtig sein. In anderen, umgekehrt gelagerten Fällen aber zweifellos ein Truppenkommando.

### Der Irrtum Mikojans

"Es steht ausser Zweifel, dass der von der Regierung eingeschlagene Kurs auf die verstärkte Entwicklung der Produktion von Massenbedarfsgütern bereits in nächster Zeit erlauben wird, den Lebensstandard der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik wesentlich zu erhöhen ... All diese Erleichterungen tragen dazu bei, die wirtschaftliche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu beschleunigen und den Lebensstandard des deutschen Volkes zu heben". (Mikojan auf dem 6. Parteitag der SED 1954)

sp - Es ist nicht bekannt, ob Mikojan, der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, vor seinem Abflug zum Staatsbesuch nach Ostberlin anlässlich der 12-jährigen Gründungsfeier der "DDR", sich die Mühe nahm, noch einmal die Rede nachzulesen, die er auf dem sechsten Parteitag der SED in der Berliner Seelenbinder-Halle gehalten hat. Das war acht Monate nach dem 17. Juni 1953, jenes Tages, der der ganzen Welt die innere Hohlheit und Brüchigkeit des SED-Regimes offenbarte.

Der Schock jenes aufwühlenden Ereignisses sass den Delegierten des sechsten Parteitages noch in den Gliedern; umso begieriger, gewissermaßen als Herztröstung, lauschten sie den Erklärungen des hohen sowjetischen Gastes und den Versicherungen der eigenen Parteiführung, es werde dem "Arbeiter- und Bauernstaat" gelingen, innerhalb kürzester Zeit den Lebensstandard der Bundesrepublik einzuholen und zu überholen.

Diesmal hat sich Mikojan gehütet, seinen Zuhörern eine ähnliche Fata Morgana vorzuzaubern; die ostzonale Wirklichkeit vom Oktober 1961 hätte solche Versicherung als pure Heuchelei erscheinen lassen müssen. Die Schöpfung Moskaus auf deutschem Boden leidet an chronischer Blutarmut, die Wirtschaft der Sowjetzone befindet sich in einer Krise, die mit der Situation der deutschen Wirtschaft Anfang der dreissiger Jahre beim Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise vergleichbar ist. Und dies nicht darum, weil die Mitteldeutschen weniger tüchtig und arbeitsam als ihre westdeutschen Brüder und Schwestern sind, dies ausschließlich darum, weil die Führung des Zonenstaates, fremden Geboten folgend, selbst die Grundlagen zerstört, auf denen eine blühende Wirtschaft gedeihen kann. Die Zone taumelt von einer Versorgungskrise in die andere, heute

wie in den düstersten Jahren nach dem Zusammenbruch bilden sich Schlangen vor den staatseigenen Geschäften, können gehobene Lebensbedürfnisse nicht befriedigt werden.

- \* Seit April 1954 sind über eine Million sechshunderttausend
- \* Menschen aus dem Bereich Ulbrichts nach dem Westen geflücht-
- \* et, davon fast die Hälfte junge Menschen. Was auch immer
- \* sie bewogen haben mag, die Heimat zu verlassen, Hauptgrund
- \* waren doch die Alltagsmiseren des Zonenstaates, gekennzeich-
- \* net durch Schwierigkeiten in der Versorgung und einem poli-
- \* tischen Klima, das die grosse Mehrheit der Bevölkerung der
- \* eigenen Staatsführung entfremdete, sie in schweigend verbit-
- \* terte Opposition stiess.

Die Zerschlagung des freien Bauernstandes schwächte die Ernährungsba-  
sis, und die Flucht von unersetzlichen Fachkräften hinterliess im Pro-  
duktionsapparat nicht auszufüllende Lücken.

Heute, acht Jahre nach dem 17. Juni, sieht sich Ulbricht genötigt,  
den Krieg gegen das eigene Volk verschärft zu führen. Wie Vieh werden  
die Bewohner der Zonengrenze in das Landesinnere verschleppt, gewal-  
tige Menschenmassen werden aufgeboten, Stacheldrahtverhaue und chinesi-  
sche Mauern zu errichten. Ein Regime, das sich das Prädikat des Fort-  
schritts verleiht, sperrt sich gegen das eigene Volk, tritt die Menschen-  
rechte mit Füssen und missachtet die Charta der Vereinten Nationen, es  
versetzt sich selbst vor allen gesitteten Nationen in den Anklagezu-  
stand.

Mikojan hat, wie glaubwürdig berichtet wird, die Berlin teilende  
Schandmauer nicht gesehen, er soll auch kein Verlangen danach ge-  
habt haben. Dafür sprach er viel von Frieden und der Notwendigkeit,  
diesen durch Abschluss eines Friedensvertrages mit beiden Teilen Deutsch-  
lands zu sichern. Wie muss ein Frieden aussehen, der den einen Teil  
des Volkes in Sklaverei hält, mit Sklavenhaltern, die mit dem eigenen  
Volk so viel zu tun haben wie der Henker mit dem Gehenkten? Der Henker  
selbst kann kaum noch auf eigenen Füssen stehen, er bedarf der Hilfe.  
Der gleiche Mikojan, der im April 1954 seinen Befehlsempfängern höheren  
Lebensstandard und ein goldenes Zeitalter versprach, muss nun tief  
in die eigenen Säcke greifen, um das Ulbricht-Regime, Moskaus eigenes  
Gebilde, vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Spätzündung

L.Sch. - Mainz

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat sich in der vergangenen Woche dazu aufgerafft, dem Mainzer Landtag die Einführung der Schulgeldfreiheit an allge einbildenden Schulen, Berufs-, Berufsfach- und Berufsaufbauschulen vorzuschlagen. Wer den Niederschlag dieses Beschlusses in der "überparteilichen" Tagespresse des Landes zwischen Saar, Mosel, Rhein und Lauter verfolgte, mußte davon den Eindruck einer bahnbrechenden, beispielhaften Tat, einer "Sternstunde" des CDU/FDP-Kabinetts von Peter Altmeier gewinnen. Die in Schlagzeilen gefeierte Regierungsinitiative ist in Wirklichkeit jedoch das Eingeständnis eines schulpolitischen Versäumnisses und eine deutliche Parallele zu den Bonner CDU-Spätzündungen auf außen- und sozialpolitischem Gebiet. Die von Ministerpräsident Dr. h.c. Altmeier allzu oft beteuerte und bewiesene rheinland-pfälzische Adenauer-Treue hat damit zweifellos eine "überzeugende" Unterstreichung gefunden.

Der christdemokratischen Rhein-Achse der Starrheit und Stagnation stehen in Bonn wie in Mainz sozialdemokratische Parlamentarier als Motoren des Fortschrittes gegenüber. Ihnen ist nun auch die schulpolitische Selbstbesinnung zu danken, die endlich im rheinland-pfälzischen Ministerrat Einkehr gehalten hat. Bereits im Oktober 1955 brachte die SPD-Fraktion im Mainzer Landtag einen Antrag ein, der die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit anstrebte. Mit der fragwürdigen Argumentation, die Behebung der Schulraumnot beanspruche zunächst die Finanzkraft des Landes und die von CDU-Kultusminister Dr. Eduard Orth angepriesene "individuelle Begabtenförderung" sei überhaupt das bessere Rezept, wurden diese und weitere Initiativen abgewürgt. Erst vor wenigen Monaten widerfuhr einem erneuten SPD-Antrag in gleicher Sache genau dasselbe Schicksal. Selbst der Hinweis auf die blamable Schlußlicht-Position, welche Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiet seit geraumer Zeit unter allen Bundesländern einnimmt, konnte die sonst sehr eitlen und

auf spektakuläre Indizien für die Existenzberechtigung und gesunde Finanzkraft ihres aus der französischen Besatzungsretorte entstandenen Bundeslandes bedachten Regierungsparteien CDU und FDP nicht umstimmen.

Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten können daher das späte "Schulwunder" in der Staatskanzlei am Rhein nur freudig begrüßen. Sie haben sich daran gewöhnt, daß Altmeier und seine Freunde im Parlament so lange wie nur möglich zögern, berechnigte und gute SPD-Vorlagen zu akzeptieren. Voraussetzung dafür scheint in jedem Falle die Möglichkeit zur Verschleierung der sozialdemokratischen Urhebererschaft oder auch nur Mitwirkung zu sein. Allmählich sollte es aber auch dem letzten Rheinland-Pfälzer aufgefallen sein, wie innerhalb weniger Wochen aus einem im Mainzer Parlament niedergestimmten SPD-Antrag eine mit Selbstgefälligkeit verkündete Regierungsvorlage wird.

"Befruchtend" auf solche Prozesse des raschen, taktisch bestimmten "Umdenkens" in rheinland-pfälzischen Regierungskreisen wirkt zweifellos die unmittelbare Nachbarschaft des sozialdemokratisch regierten Bundeslandes Hessen. Die von der Landesregierung in Wiesbaden vor den Mainzer Toren aufgebaute Provinz der pädagogischen Vernunft, wo Schulgeld- und Lernmittelfreiheit längst eine Selbstverständlichkeit sind und das 9. Volksschuljahr bereits reale Formen annimmt, kann auch von hartgesottenern Verfechtern einer vorgestrigen Schul- und Kulturpolitik auf die Dauer nicht ungestraft ignoriert werden. So verschwand denn - mit einem verstörten ministeriellen Seitenblick über den Rhein und einer nicht mehr ganz sicheren CDU-Hand am Puls des Wählervolkes - die jahrelang hinausposaunte Konzeption von der Orth'schen "individuellen Begabtenförderung" stillschweigend in der Versenkung. "Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!" dürfen die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten der CDU/FDP-Regierung einmal mehr ins Stammbuch schreiben. Die bescheidene und wenig ruhrvolle "Elastizität", welche die Mainzer CDU-Zweigstelle ab und zu unter Beweis stellen muß, ist nämlich ihr Werk!

Die Türkei vor der Bewährungsprobe

Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher,  
z. Zt. Istanbul

Die innenpolitische Situation in der Türkei ist am Vorabend der bevorstehenden Parlamentswahlen um nichts einfacher, als sie es seit dem Sturz der Regierung Menderes gewesen ist. Im Gegenteil hat sich das zuerst recht klare, zugunsten der Republikanischen Volkspartei Ismet İnönüs ausschlagende Kräfteverhältnis durch das Erscheinen einiger neuer politischer Parteien, die hauptsächlich auf den einstigen Wählerstamm der aufgelösten Demokratischen Partei (DP) angewiesen sind, eher kompliziert. Rechnet man nicht mit dem Optimalfall, dass İnönüs Republikaner die absolute Mehrheit im Parlament erreichen, sondern wie bisher sich über der 40 Prozent-Grenze halten, lassen nicht zuletzt persönlich-emotionale Beweggründe eine anti-republikanische Koalition der drei übrigen, zu den Wahlen zugelassenen Parteien als undenkbar erscheinen. Zu stark ist die Animosität zwischen der am stärksten und offensten Menderes-treuen Gerechtigkeitspartei, der Partei der Neuen Türkei und der im Laufe von anderthalb Jahrzehnten aus verschiedenen Fraktionen und Splitterparteien zu einer Einheit zusammengewachsenen Republikanisch-Nationalen Bauernpartei.

Somit möchte es scheinen, dass die Wahlen kaum etwas zur Klärung der verworrenen innenpolitischen Lage in der Türkei beitragen werden. So schwierig jedoch bereits eine Regierungsbildung werden könnte, wird die Lösung der Probleme, die diese Regierung, wie immer sie heißen möge, vorfinden wird, noch schwieriger sein. Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist alles andere als beseitenswert. Eine immense Schuldenlast, die in zehn Jahren DP-Herrschaft angehäuft worden ist, müsste zurückgezahlt werden. Seitdem das Offizierskomitee der Nationalen Einheit die Notenpresse gestoppt hat, beruhigte sich zwar die ungesunde Preisbewegung, wuchs andererseits jedoch die Arbeitslosigkeit als Folge der Beendigung der Inflationskonjunktur. Die dringenden Probleme harren eines erfolgsversprechenden Lösungsrezeptes, das in den sich kaum voneinander unterscheidenden Parteiprogrammen bzw. nur Wahlparolen nicht zu entdecken ist. Die alte türkische Erscheinung, dass eine Partei den Liberalismus auf ihre Wahlfahnen heftet und dann einen Etatismus praktiziert, oder auch umgekehrt, dürfte auch nach der Revolution vom 27. Mai 1960 und insbesondere der Bildung einer neuen zivilen Regierung freudige Auferstehung feiern.

Dagegen braucht man kein politischer Hellseher zu sein, um vorauszusehen, dass die relativ stabile Periode der türkischen Nachkriegsentwicklung mit ihrem Trend zum Zweiparteiensystem am 15. Oktober wohl zu Grabe getragen werden dürfte. Selbst wenn die Republikanische Volkspartei die absolute Mehrheit auch im Parlament erreichen sollte - im Oberhaus dürfte ihr dies auf der Grundlage des Majoritätsprinzipes gelingen, während das Unterhaus nach reinem Verhältniswahlrecht gewählt wird -, dürfte eine Zeit von Kabinettskrisen anbrechen, die skeptische Beobachter der türkischen Vorgänge schon jetzt mit der IV. französischen Republik vergleichen. Persönlich und sachlich bedingte Gegensätze werden - wie man es bereits im Komitee der Nationalen Einheit beobachten konnte - sowohl innerhalb der Parteien als auch in ihrem Verhältnis zueinander einen starken politischen Verschleiss zur Folge haben. Bleibt nur zu hoffen, dass die parlamentarische Demokratie als Ergebnis dieser Entwicklung nicht einmal mehr mit aufgerieben wird. + + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler